

Neue Dienstpostenbewertung Fluch oder Segen?

Lange angekündigt, ist nun die Katze aus dem Sack. Die neue Dienstpostenbewertung ist veröffentlicht. Je nach Funktionsstelle bricht große Begeisterung aus oder eben das Gegenteil. Wie immer in Veränderungsprozessen wird es „Opfer“ geben, die mit der Bewertung ihres Arbeitsplatzes nicht konform gehen und gegebenenfalls sogar ihre persönliche Arbeit diskreditiert sehen.

Und, in der Tat, kann man an bestimmten Stellen auch zu anderen Ergebnissen kommen, gar sogar die Gesamtsystematik der Eingruppierung infrage stellen. Besonders, was die Frage angeht, wie stark Führung und wie stark eine besondere Fachlichkeit in die Bewertung der einzelnen Dienstposten einfließen sollen, ist das Regelwerk weiterhin stark umstritten.

Am Ende darf man aber konstatieren, dass mehr Stellen gehoben wurden als abgesenkt. In der Gesamtheit gibt es also eine bessere Bewertung der Arbeitsplätze, also auch verbesserte Karrierechancen.

Positiv ist ebenfalls zu sehen, dass es nunmehr eine Angleichung zwischen K und S gegeben hat, was die Einweisung in einen Dienstposten der Kategorie „F“ angeht. Es war ja niemandem zu erklären, dass ein Absolvent der Fachhochschule im Dienstzweig der Kripo so gleich in einen Dienstposten der Kategorie „F“ eingewiesen wurde, sich ein gleich qualifizierter Absolvent des Dienstzweigs der Schutzpolizei hierauf nach vielen Jahren erst bewerben muss und darauf zum Teil erhebliche Führungsaufgaben wahrzuneh-

men hat. Diese Unwucht ist im Ansatz beseitigt worden, wobei es trotzdem noch enorme offene Baustellen gibt, zum Beispiel bei der Eingruppierung der S-Kollegen des mittleren Dienstes in „Gemeinsamen Ermittlungsdiensten“. Hier ist man noch sehr weit von einer akzeptierten und tragfähigen Lösung entfernt. Es ist eine gewisse Beliebigkeit festzustellen, ob wir nun „eine Polizei“ sind oder eben nicht.

Insgesamt ist aber festzustellen, dass versucht wird, die Folgen von negativer Veränderung abzumildern. Kollegen, die sich auf „abgewerteten“ Dienstposten befinden, werden etwaige Beförderungsmöglichkeiten erhalten, weshalb sie sich zum Teil auf diesen Dienstposten beworben hatten. Inhaber von Dienstposten, die aufgewertet werden, müssen sich noch etwas gedulden, weil man in eine Einzelfallbetrachtung treten muss, ob eine Ausschreibung erforderlich wird oder nicht.

Nach dem 1. Oktober 2014 werden dann etliche Dienstposten in Vertretungen (Dienstgruppenleiter größerer Dienstgruppen, Polizeistationen ab fünf Mitarbeiter) in der Kategorie „F“ neu auf den Markt kommen, was sicherlich sehr um-

fassende Auswahlverfahren erforderlich machen wird.

Und ganz neu wird dann ab Anfang Oktober auch die Thematik angegangen, langjährigen Kollegen in A 10, ohne eine dienstpostenbewertete Stelle, die Möglichkeit zu geben, auf einen „F-Dienstposten“ zu kommen. Damit wird eine langjährige Gewerkschaftsforderung erfüllt, dass der erfolgreiche Abschluss der Ausbildung an der Fachhochschule eine Beförderungsmöglichkeit zu A 11 beinhalten sollte.

Unter dem Strich ist die neue Dienstpostenbewertung lediglich eine Neusortierung, gedeckelt durch haushaltsrechtliche Vorgaben. An einigen Stellen hätte man auch zu anderen Ergebnissen kommen können, insbesondere was zum Beispiel die Funktion von Dienstgruppenleitern angeht, aber auch die Leitung größerer Ermittlungsdienste. Vergleiche, auch über Ländergrenzen hinweg, zeigen, dass in Schleswig-Holstein die Karriereleiter nicht gerade steil angelegt ist.

Unabhängig von der Dienstpostenbewertung des gehobenen Dienstes muss zudem parallel eine Perspektivverbesserung für den mittleren Dienst entwickelt werden. Allzu schnell entwickelt sich sonst der Eindruck, die „Häuptlinge“ sorgen schon für sich, und im mittleren Dienst muss man bis zum letzten Tag um seine Amtszulage bangen. Insofern kann die Dienstpostenbewertung nur ein erster Schritt sein.

Torsten Gronau

Impressum:

Redaktion:
Thomas Nommensen (v. i. S. d. P.)
Muhliusstraße 65
24103 Kiel
Tel. 0171.2745289
E-Mail: thomasnommensen@aol.com

Landesgeschäftsstelle:
Muhliusstraße 65
24103 Kiel
Tel. 0431.2109662
Fax 0431.38671061

Internet: www.dpolg-sh.de
E-Mail: dpolg-sh@t-online.de
Fotos: Th. Nommensen
und pixelio.de

DPoIG S-H bei facebook:
www.facebook.com/dpolg.sh



ISSN 0937-4841





Abgezockt?

Ein Kommentar

Bei kaum einem Thema gehen die Bewertungen und Einstellungen weiter auseinander als bei der stationären Geschwindigkeitsüberwachung. Für die einen ist sie unverzichtbarer Bestandteil der Verkehrssicherheitsarbeit, für die anderen „Abzocke“.

Wie so oft liegt die Wahrheit wohl in der Mitte. Zeit also, das Thema aus dem Strudel populistischer Betrachtungen zu holen.

Richtig ist, dass die Einhaltung gesetzlicher Normen nicht in der Disposition des einzelnen

Verkehrsteilnehmers liegt. Gesetze sind jederzeit zu beachten und die Überwachung ist Kernaufgabe des Staates. Die alleinige Befürchtung eines Verwarn- oder Bußgeldes, gar mit einem Fahrverbot gekoppelt, soll schon präventiv wirken.

Andererseits ist nicht von der Hand zu weisen, dass insbesondere die automatisierte Form der Geschwindigkeitsüberwachung rückblickend betrachtet keine Erfolgsgeschichte ist, was die Verringerung von Unfallzahlen angeht, sondern eher eine Erfolgsgeschichte für kommunale Haushalte.

Wer an Unfallschwerpunkten eine Verhaltensänderung der Verkehrsteilnehmer erreichen will, muss in der Tat präventiv vorgehen und nicht repressiv. Über bauliche Umgestaltung von Unfallschwerpunkten wird angesichts der Haushaltssituation kaum noch ernsthaft gesprochen. Und da scheint es in der Tat überlegenswert zu sein, durch Ankündigung von Überwachungsmaßnahmen eine Verhaltensänderung von Kraftfahrern zu erreichen.

Fakt ist aber auch, dass gerade sogenannte „Raserunfälle“ sich nicht an Unfallschwerpunkte halten. Insofern hat die allgemeine Verkehrsüberwachung durchaus seine Bewandnis. Aus der Politik gibt es ja den Vorschlag, derartige Überwachung nur noch von der Polizei und auch nur noch mit unmittelbarem Anhalten vor Ort durchführen zu lassen. Der „Blitzerwagen“ mit kommunalen Überwachungskräften ist offenbar politisch und gesellschaftlich nicht mehr hinreichend akzeptiert.

Unter fachlichen Gesichtspunkten kann man es ja nachvollziehen, dass eine sofortige Anhaltung mit Personalienfeststellung deutlich sinnvoller ist als ein Automatenverfahren mit nachgelagerter Fahrerermittlung durch die Polizei.

Nur ist es nicht nur verwunderlich, sondern fast schon schäbig, diese Variante aus den Reihen der Politik überhaupt vorzuschlagen. Welche politische Konstellation auch immer regiert hat, machte deutlich, dass der Staat bei seinem Personalsparen muss. Notwendige Stellen bei der Polizei wurden nicht zur Verfügung gestellt beziehungsweise sogar gestrichen. Die Verkehrsüberwachung steht insgesamt auf dem Prüfstand.

Deshalb ist die Forderung nach mehr Polizei und weniger Automaten bei der Verkehrsüberwachung mindestens genauso populistisch wie das Gezeter derjenigen, die mit 80 km/h durch die Ortschaft brettern und wenn sie geblitzt werden über „Abzocke“ schreien.

Torsten Gronau



Kreisverband Lübeck-Ostholstein

Neuwahl des DPoIG-Vorstandes im Bereich der Polizeidirektion Lübeck

Mit Elan in die Zukunft

Am 27. März 2014 führte der Kreisverband Lübeck-Ostholstein der DPoIG seine Kreisversbandsversammlung durch.

In der Sitzung wurde der langjährige Kreisvorsitzende (zugleich auch amtierender DPoIG-Landesvorsitzender) Torsten Gronau, welcher aufgrund eines Dienststellenwechsels in die Polizeidirektion Ratzeburg nicht wieder zur Wahl stand, verabschiedet.

In seinem Rechenschaftsbericht resümierte Torsten Gronau, dass man auf eine für die DPoIG erfolgreiche Wahlperiode zurückblicken kann. Man habe in den vorangegangenen



> Der neue Kreisvorstand des KV Lübeck-Ostholstein

Jahren als Kreisverband Lübeck-Ostholstein wiederholt Akzente bei den aktuellen The-

men und Problemen in der PD Lübeck setzen können. Beispielfhaft wurden hier die andauernden Probleme bei der Regionalleitstelle „Südwind“ sowie auch des Digitalfunks thematisiert. Nicht zuletzt wurden zudem die Auswirkungen des durch das sogenannte „Kramer-Papiers“ erforderlichen Personalabbaus in der Behörde kritisch begleitet.

Auch bei der Arbeit im örtlichen Personalrat der Polizeidirektion Lübeck sei es der DPoIG gelungen, Themen anzuschieben und Initiativen für anstehende Themen zu setzen.

Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde Thomas Nommensen (Kriminalpolizeistelle Lübeck) als neuer Kreisvorsitzender der DPoIG Lübeck-Ostholstein gewählt. Stellvertretender Kreisvorsitzender ist Ingmar Volz (Polizeidirektion Lübeck, SG 1.6) und Beisitzer im Kreisvorstand sind die Kollegin Angela Ipsen (Polizeistation Grömitz) sowie Kollege Jens

Neugebauer (Polizeizentralstation Bad Schwartau). Gerd Kath (Polizeibezirksrevier Lübeck) wurde in seinem Amt als Kassenwart bestätigt und zu den beiden Kassenprüfern wurden die Kollegen Jens Fricke (1. Polizeirevier Lübeck) und Simon Licher (ebenfalls Polizeibezirksrevier Lübeck) gewählt. Schriftführer im neuen Kreisvorstand ist Kollege Stefan Burszy (Polizei Autobahnrevier Scharbeutz).

Torsten Gronau gratulierte dem neu gewählten Kreisvorstand und wünschte viel Erfolg bei den zukünftigen Aufgaben im neuen Amt. Der Vorsitzende Thomas Nommensen machte in seiner Antrittsrede deutlich, dass er mit Unterstützung des neuen Vorstands sich tatkräftig für die Belange der Kolleginnen und Kollegen im Bereich der PD Lübeck einsetzen und gerne als Ansprechpartner für die DPoIG-Mitglieder bei Problemen zur Verfügung stehen werde.

Der Kreisvorstand



> Thomas Nommensen und Torsten Gronau (von links)

Es war einmal ...

Unter der Rubrik „Es war einmal ...“ dokumentiert die Redaktion des POLIZEISPIEGELS an dieser Stelle den Rückzug der Polizei aus der Fläche, mancherorts auch Konzentration in der Fläche benannt.

Es ist eine von der Politik getragene Organisationsentscheidung der Polizei, sich sukzessive aus der dezentralen und bürgernahen Organisation der Landespolizei zu verabschieden, um eine zentrale Reaktionspolizei zu werden.

Die Argumente dafür und dagegen sind hinlänglich ausgetauscht. Wir möchten den Dienststellen und den dort bisher arbeitenden Kollegen ein ehrendes Andenken bewahren, nachdem ihre Tätigkeit ansonsten offenbar als antiquiert und ineffizient wahrgenommen wird.

Es war einmal die Polizeistation Wacken

Jetzt ist es also soweit – auch die Polizeistation Wacken ist nun Geschichte!

Zum 1. Mai 2014 wurde die Dienststelle, die nicht zuletzt durch das Open-Air-Festival praktisch „weltbekannt“ war, geschlossen. Nicht nur unter so manchen Festivalbesuchern, sondern auch in der Bevölkerung Wackens und den benachbarten Gemeinden macht sich völliges Unverständnis breit.

Aber alle Einwände, ob vonseiten der betroffenen Beamten, der Gemeindevertretung oder der DPoIG, wurden mit Hinweis auf die „Alternativlosigkeit“ von der Politik weggeblasen.

Die Planstellen der bisherigen drei Mitarbeiter wurden der benachbarten Polizeistation in Schenefeld (Steinburg) zugewiesen, wobei natürlich auch das Gesamtpersonal „verschluckt“ wird. Letztlich wird der gesamte Bereich von weniger Beamten betreut, als es vormals der Fall war.

Die fast 4 800 Einwohner auf einer zu betreuenden Fläche von immerhin über 70 Quadratkilometer werden ebenfalls der Polizeistation Schenefeld zugeschlagen.

Sollte der hilfeschuchende Bürger ein polizeiliches Anliegen haben und dort keinen Ansprechpartner erreichen können, so bleibt so manchem Bürger kaum etwas anderes übrig, als die Strecke von bis zu 25 Kilometer auf sich zu nehmen, um die nächste ganztägig besetzte Dienststelle zu finden.

Frank Hesse



> Polizeistation Wacken



> Am Rande notiert ...

Viele von uns werden sich noch an 1995 erinnern. In der Regierung von Heide Simonis wurde uns ein neuer Innenstaatssekretär kredenzt.

Sein Name war Hartmut Wegener und der machte uns als DPoIG das Leben nicht gerade leicht. Er konnte wohl nicht anders und ließ uns immer spüren, welch kleine Nummer wir Polizistinnen und Polizisten doch sind. Seine Art ließ einen erschauern und gleichzeitig die Nackenhaare hochstellen. Die Gespräche führte er mit einem leicht arroganten Unterton – es war mit ihm eben nicht immer leicht. Für die Polizei war er, das muss der Fairness halber gesagt werden, nicht der Schlechteste.

Inzwischen ist er als Projektkoordinator der Elbphilharmonie in Hamburg gelandet und da gab es aufgrund des allgemeinen Desasters ja bekanntlich auch einen Untersuchungsausschuss. Dieser attestierte dem guten Hartmut Wegener unter anderem Folgendes:

„Eine Mischung aus Unfähigkeit (ohne entsprechendes eigenes Fachwissen) und Selbstherrlichkeit (ungebrochen selbstbewusstes Auftreten). Wegener hat es nicht vermocht, die ursächlichen Probleme zu durchdringen und Risiken verschwiegen.“

Als ich die entsprechenden Berichte in den Gazetten las, kamen die Erinnerungen wieder und natürlich eine gewisse Genugtuung. Es sind ja nur Hamburger Steuergelder.

Ernst Meißner

> TAUSCHPARTNER FÜR BUNDESLANDWECHSEL GESUCHT

Ich bin Polizeikommissarin im Streifendienst der PI Celle (Direktion Lüneburg) in Niedersachsen und suche aus persönlichen Gründen dringend einen Tauschpartner aus Schleswig-Holstein, bevorzugt von einer Dienststelle aus Ostholstein, Lübeck oder Bad Segeberg.

Gerne bin ich auch zu einem Ringtausch bereit!

Ihr erreicht mich unter 0172.523 97 97 oder
Annika.Ewers@t-online.de